

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 036/2012 (STK)

Auftrag Manfred Küng (SVP, Kriegstetten): Einheitliche Zustellformen bei Verfügungen (28.03.2012)

Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat einen Entwurf zur Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes und allfällig weiterer Erlasse mit dem Ziel vor, die Vorschriften über die Zustellung von Vorladungen, Verfügungen und Entscheiden dergestalt zu vereinheitlichen, dass die im Zivil- und Strafprozess geltenden Bestimmungen über die Form von Zustellungen im kantonalen Verwaltungs- und Steuerverfahren analog angewendet werden; Zustellungen mittels A-Post-Plus werden untersagt.

Begründung (28.03.2012): schriftlich.

Mit dem Inkrafttreten der Eidg. Zivilprozessordnung und der Eidg. Strafprozessordnung gelten seit dem 1. Januar 2011 in der ganzen Schweiz einheitliche Vorschriften über die Form von Zustellungen bei Vorladungen, Verfügungen und Entscheiden (Art. 138 ZPO; Art. 85 StPO). Das schafft Rechtssicherheit. Rechtsunsicherheit besteht im Kanton Solothurn, weil in verschiedenen Bereichen der Verwaltung andere Zustellungsformen verwendet werden. Namentlich im Steuerverfahren erfolgen Zustellungen auch mittels der wenig transparenten und wenig bürgerfreundlichen A-Post-Plus, wobei selbst innerhalb der Steuerverwaltung keine einheitliche Zustellungsform praktiziert wird, wie der Regierungsrat festgehalten hat (Ziff. 3.2.3. RRB 2011/1002 vom 9.5.2011). Ein solcher uneinheitlicher Formenpluralismus dient weder der Rechtssicherheit noch verträgt er sich mit den Grundsätzen moderner Unternehmenskultur oder Corporate Governance und ist deshalb dem Erscheinungsbild des Kantons abträglich. In den Beratungen zur Interpellation „Rechtssicherheit bei A-Post-Plus“ (I 039/2011) haben sich zudem die Sprecher der meisten Fraktionen kritisch gegenüber der Zustellung durch A-Post-Plus geäußert. Es ist das Gebot der Stunde, die vereinheitlichten Zustellungsformen in alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung zu übernehmen. Die damit geschaffene Rechtssicherheit und Bürgerfreundlichkeit wird den guten Ruf des Kantons Solothurn festigen und seine Standortqualität erhöhen.

Unterschriften: 1. Manfred Küng (1)